

Die 'Freiheit' erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen 'Neue Welt' - 'Frauen-Welt' und 'Der Jugend-Bericht'. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Monat März 25.- M., im voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, Polen und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 29.- M., für das übrige Ausland 37.- M. Verhältnisse, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Berlin Straße 8-9

Die abendhellen Nonparillien sind in dem Raum 10.- M. einschließlich Inseratsteuer. Kleine Anzeigen: 200. In der ersten Spalte 1.50 M., jedes weitere Wort 1.75 einschließlich Inseratsteuer. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1.- M. pro Wort für 14 Tage. Stellen-Anzeigen in der ersten Spalte: das erste Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 00-153 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Vorbereitungen für Genua

Schluss der Sachverständigenkonferenz

London, 29. März.

Die Vorkonferenz der alliierten Sachverständigen für Genua hielt gestern nachmittag im Handelsamt ihre letzte Sitzung ab. Die Sachverständigen werden nunmehr ihren Regierungen Bericht erlassen und Abschriften der Denkschriften, die auf der Konferenz entworfen wurden, zustellen.

Die britischen Dominions werden auf der Konferenz in Genua wie folgt vertreten sein: Kanadische Mission Sir Charles Clair Gordon, Professor Montpetit und vier Personen. Australische Mission Oberkommissar Sir Joseph Cook und vier weitere Mitglieder; Südafrikanische Mission Oberkommissar Sir Edgar Walton, ein wirtschaftlicher Berater und ein weiteres Mitglied sowie drei Sekretäre. Neu-Seeland wird sich durch die Reichsregierung vertreten lassen. Außerdem verkauert, daß der japanische Botschafter in London, Baron Kawachi, der japanische Finanzkommissar Kango Mori und ein Botschaftssekretär in London die japanische Mission bilden werden. An der Spitze der portugiesischen Mission steht der portugiesische Gesandte; Griechenland wird in Genua vertreten sein durch seinen Ministerpräsidenten Gounaris und den Finanzminister.

Geheimtätung des Senats

Paris, 28. März.

Ueber die heutige Geheimtätung des Senats meldet die Agence Havas folgendes mittelst zu können:

Francois Marsal erinnerte zunächst an das zwischen den Alliierten vorgesehene Verhältnis bezüglich der Verteilung der deutschen Kohle. In Anbetracht der Schwierigkeiten Deutschlands habe die französische Regierung die Möglichkeit einer Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge gefaßt, die von den Alliierten ausgeführt werden sollte. Sie ließ zuerst auf die Gefahrhaftigkeit Englands, da Lord George drohte, jedes Bündnis abzubrechen und sofort das Unterhaus mit dem Konflikt zu beschäftigen. Am nächsten Tage habe Millerand erklärt, daß er seinen Standpunkt aufrechterhalte, und daß unter diesen Umständen Frankreich sich gezwungen sehe, allein in das Ruhrgebiet zu ziehen. Dieser Haltung gegenüber kündigte Lord George an, daß er die Besetzung mit Frankreich zusammen durchzuführen würde, aber er bestreite sieben Bedingungen, deren hauptsächlichste die Bezahlung der Kohlen zum britischen Marktpreis war. Die französische Regierung bemerkte sodann, daß bei diesem Tarif der französischen Verbraucher einen Teil der englischen Steuern zahlen würde auf Grund der Ueberschneidungen (excess profits), kraft deren achtzig Prozent des vom englischen Handel erzielten Gewinns an den britischen Staatsschatz zurückfallen. Trotzdem hielt Lord George seinen Standpunkt aufrecht; dann schlug der italienische Delegierte in Evaa, Graf Spazza, eine Einkaufsformel vor, die darin bestand, die Rechtsbehaltung des Preises der deutschen Kohle, die so an Frankreich geliefert würde, als einen an Deutschland anzurechnen Vorbehalt zu betrachten. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und diese Vorbehalte sind auf dreihundertachtzig Millionen angewachsen.

Die Erklärungen von Francois Marsal wurden, wie die Agence Havas bemerkt, sehr aufmerksam angehört, und der Senat billigte die Haltung, die die Regierung damals, durch die Umstände gezwungen, einnehmen mußte.

Neue Interventionspläne Ludendorffs?

(Antel.) Moskau, 28. März.

Moskauer Zeitungen der letzten Tage berichten ausführlich über einen Besuch, den General Hoffmann im Auftrag Ludendorffs dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, dem General Rollet, erstattet haben soll, um mit ihm über ein gemeinsames französisch-deutsches Vorgehen gegen Sowjetrußland zu verhandeln, bei dem die deutsche Armee unter französischer Kontrolle und französisches Kommando gestellt werden sollte. Außerdem habe der General angeboten, daß Frankreich als Garantie dafür, daß die neue deutsche Armee nur gegen Osten verwandt werde, das rheinisch-westfälische Kohlenrevier auf unbestimmte Zeit besetze. Der Besuch des General Hoffmann bei Rollet soll nach diesen Moskauer Berichten erst vor wenigen Tagen stattgefunden haben und von Verhandlungen des Industriellen Arnold Reicher begleitet gewesen sein.

Diese Nachricht klingt wenig glaubhaft. Ludendorff hegt zwar noch immer kriegerische Pläne gegen Rußland, in der Erwartung, auf billigere Weise jene Vorbeeren ernten zu können, die ihm infolge seiner Unfähigkeit während des Weltkrieges versagt blieben. Auch General Hoffmann hat gewisse Interventionsabsichten, die aber lediglich dem unreifen politischen Denken zuzuschreiben sind. Nichtsdestoweniger besteht zwischen Hoffmann und Ludendorff seit langer Zeit ein tiefklaffender Gegensatz, der sich teilweise in scharfen öffentlichen Polemiken geäußert hat

und es unwahrscheinlich erscheinen läßt, daß Hoffmann ausgerechnet mit Ludendorff gemeinsame Sache macht. Ganz so verdreht wie Ludendorff ist General Hoffmann denn doch nicht.

Englisches Echo der Kanzlerrede

London, 29. März.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning im Reichstage zur Reparationsnote wird von den Blättern in ausführlicher Fassung veröffentlicht, bisher nimmt jedoch nur ein Teil der Blätter dazu Stellung. 'Westminster Gazette' schreibt, die Antwort Brüning, daß die Erfüllung der Forderung nach 60 Milliarden neuer Steuern unmöglich, und daß die Kontrolle der deutschen Finanzen mit der Ehre der deutschen Nation unvereinbar sei, sei unvermeidlich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage, die ihm gestellten Forderungen voll zu erfüllen. Der Geldmarkt lasse sich nicht durch Gesetze bewegen, und die Ansichten der Finanzwelt über die Leistungsfähigkeit Deutschlands seien in der Abwärtsbewegung der Mark sofort nach Bekanntgabe der Forderungen der Reparationskommission zum Ausdruck gekommen. Früher oder später würden die Nationen auf die nackte Wahrheit stoßen, daß der Vorschlag große und unbestimmte Summen von Deutschland zu erlangen, von Anfang an zu einem Fehlschlag verurteilt war. 'Daily Herald' schreibt: Die Rede des deutschen Kanzlers stelle die Alliierten am Vorabend von Genua einer neuen Reparationskrise gegenüber. Für die sich wiederholenden Krisen gebe es keinen anderen Ausweg als die Revision der Friedensverträge.

Die Stimme der Vernunft

Rom, 28. März.

Auf dem Jahresbankett der amerikanischen Handelskammer in Mailand verlas der Botschaftsrat Guntz eine Rede, die der amerikanische Botschafter in Rom, Child, hatte halten wollen. Die Rede Childs, der an der Reise nach Mailand verhindert war, betonte aufs entschiedenste, daß das amerikanische Volk für die Leiden Europas ein warmes Herz habe und nichts schullischer wünsche als den Wiederaufbau und die Wiederaufnahme wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen unter den Völkern. Amerika sehe Schulter an Schulter mit den Nationen, die produzieren und wiederaufbauen wollen und gegen jene, welche, statt am Wiederaufbau teilzunehmen, die anderen zu berauben und zu verzwangeln trachten. Amerika verabsichere eine Politik, welche aus einer überlebten Mentalität nicht in der materielle und intellektuelle Arbeit, sondern in Intrigen und Lügen, Kanonen und Giftgasen ihren Gewinn suche, wodurch sie nur die moralische und produktive Kraft des eigenen Volkes herabdrücke und schließlich den Krieg herbeiführe.

In der italienischen Kammer richtete der Sozialist Baglioni an die Regierung eine Anfrage über das Vorgehen der Entente-Kommissionen in Deutschland, speziell über den Fall der Deutschen Berle und die Teilnahme Italiens an diesen brutalen Schritten. Baglioni betonte die Notwendigkeit einer vollständigen Revision des Versailler Vertrages und sagte, die Entente habe heute durch die Grenz ihres Besatzungsheeres Deutschland zu einer Ententekolonie gemacht.

Ein Untersuchungsausschuss in Braunschweig

Braunschweig 29. März.

In der gestrigen Sitzung des braunschweigischen Landtags brachten die Fraktionen des Landtagswahlverbandes, der Demokraten, Sozialisten und der Unabhängigen einen Antrag ein, nach dem der Landtag ersucht wird, sofort einen Untersuchungsausschuss von neun Mitgliedern zu wählen, der die Aufgabe hat, die in letzter Zeit vom Absterker öffentlich erhobenen Anklagen gegen mehrere Mitglieder des Staatsministeriums auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Einen ähnlichen Antrag stellten die von den Anklagen Betroffene betroffenen Junge (H. Soa.), Grotemohl (H. Soa.) und Auria (Soa.) Die Beipredung des Antrages wurde auf Mittwoch verlagert.

Junke tritt zurück.

Der in den letzten Angriffen des Landtagsabgeordneten Dexter gegen die Mitglieder des braunschweigischen Staatsministeriums mehrfach genannte Justizminister und Vorsitzende des Staatsministeriums, August Junke, der mit den übrigen angeklagten Ministern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen sich beantragt hat, wußte in der heutigen Sitzung des Landtags verhandelt werden soll, hat laut 'Neuesten Nachrichten' in einem Schreiben an den braunschweigischen Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß er von seinem Ministerposten zurücktritt.

Die Steuerberatungen

Der Reichstag hat in der vergangenen Woche die zweite Beratung der Steuervorlagen zu Ende geführt. Nachdem die Ausschüsse monatelang an ihnen gearbeitet hatten, zahllose Verschlechterungen beschlossen worden waren und von der Volkspartei bis zu den Rechtssozialisten durch das Steuerkompromiß eine sichere Mehrheit geschaffen worden war, bestand keine Aussicht, die Vorlagen noch wesentlich zu verbessern. Die zahlreichen Abänderungsanträge der USPD fanden deshalb keine Gnade vor den Augen der Mehrheit. Noch weniger hatten die durch Sachkenntnis wenig getriebenen geist- und sinnlosen Obstruktionsreden der Kommunisten einen anderen Zweck, als den der Mehrheit einige Unbequemlichkeiten zu verschaffen. Man muß schon Höllein oder Koenen heißen, um darin eine 'revolutionäre Tat' zu sehen.

Andererseits zeigten die Verhandlungen auch, daß die Rechtssozialisten durchaus keine reine Freude an dem Steuerkompromiß empfinden. Ihre Redner haben eine Mißgeburt verteidigen müssen, die den Arbeiterinteressen sehr wenig dienlich ist. Sie haben auch nicht davon zu überzeugen vermocht, daß nicht durch eine schärfere Kampfesstellung gegen das Bürgertum mehr zu erreichen gewesen wäre. Daß in den Tagen der Beratungen der Steuervorlagen der Markwert stürmischer sank als in den vorhergehenden Monaten, und die Reparationsnote das Kompromiß als ungenügend ablehnte, machte es ihnen auch sehr schwer, das Steuerkompromiß als die erlösende und glückliche Tat zu preisen. Aber ebensowenig wie das Steuerkompromiß auf das Ausland günstig gewirkt hat, hat es Einfluss ausüben können auf die Stabilisierung des Markwertes, die das Ziel des Finanzprogramms der Arbeiterklasse darstellt. Die Geldentwertung wird durch diese Steuervorlagen nicht beseitigt, ja nicht einmal verlangsamt, so daß der lohnmindernde Einfluß bleibt, ebenso die Unstetigkeit der Wirtschaft und die weitere Verelendung der Arbeiterklasse.

Die Verbrauchssteuern sind deshalb eine neue Last, die zu den bestehenden Lasten noch hinzutritt, und die um so drückender wirken muß, je niedriger bereits liegt die Lebenshaltung großer Kreise der Bevölkerung ist. In schroffem Widerspruch dazu aber steht die Tatsache, daß die Nachkriegsgewinne überhaupt fallen gelassen wurde, und daß die Vermögenssteuer erst 1923 in Kraft tritt. Bedenkt man ferner, daß über die Art der Veranlagung und den Termin der Einziehung der Zwangsanleihe bisher noch nichts feststeht, so wird man die Veranlagung, die die bürgerlichen Parteien über den Abschluß des Steuerkompromisses empfinden, wohl begreifen können.

Zusätzliche aber auch deshalb, weil das Steuerkompromiß sie vor der Gefahr bewahrt hat, daß die Genossenschaften von der doppelten Umsatzbesteuerung befreit würden. Es bleibt überaus bedauerlich, daß sich die Rechtssozialisten zu diesem Zugeständnis herbeigelassen haben und den Antrag der USPD mit niederkimmten. Das offenbart nicht nur eine starke Nachgiebigkeit gegenüber den bürgerlichen Parteien, sondern leider auch eine geringe Fähigkeit gegenüber dem genossenschaftlichen Gedanken, den zu fördern gerade in der gegenwärtigen Zeit dringendste Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse gewesen wäre.

Aus den Verhandlungen der zweiten Lesung aber müssen noch einige weitere bedeutsame Momente hervorgehoben werden. Es gelang nicht, bei der Vermögenssteuer die in der Regierungsvorlage vorgesehenen höheren Sätze und Zuschläge wieder herzustellen. Auch bei der Abstimmung über die Frage, ob der landwirtschaftliche Grundbesitz zum gemeinen oder zum Ertragswert eingeschätzt werden sollte, legten, wie vorauszusehen war, die bürgerlichen Parteien. Dieser Sieg aber genügt ihnen nicht, sie verschlechterten die Beschlußfassung der Kommission noch weiter, so daß eine neue Bevorzugung der Landwirtschaft die sichere Folge ist.

Die Kommission hatte beschlossen, daß bei der Ermittlung des Ertrages insbesondere die Erträge der letzten drei Jahre berücksichtigt werden sollen. Das sicherte wenigstens zu einem kleinen Teil die Möglichkeit, die seit der Einführung der freien Wirtschaft ungeheuer gestiegenen Erträge der Landwirtschaft zur Vermögensbesteuerung heranzuziehen. Bereits im Ausschuss hatten die bürgerlichen Parteien versucht, diese Bestimmung durch die Einfügung des unscheinbaren Wortes 'auch' zu mildern. Auf den Einspruch der Linken hin lehnte das Zentrum mit der Linken diesen Antrag ab. Im Plenum aber kehrte

er wieder, und zwar diesmal mit der Unterschrift des Zentrums, das sich seiner Stellung im Ausschuss nicht mehr zu erinnern schien.

Noch bezeichnender ist die Haltung der Demokraten. Ihr Redner erklärte im Plenum, daß er erhebliche Bedenken gegen den Antrag habe, insbesondere, wenn damit der Inhalt des ganzen Paragraphen im Wesen verändert werde. Seine Fraktion könne nur zustimmen, wenn von der Reichsregierung erklärt werde, daß mit der Einführung des Wortes „auch“ nichts anderes gesagt wird, als schon im Gesetz gesagt ist.“ Der Regierungsvertreter erklärte darauf, daß die Regierung diese von den Demokraten gewünschte Erklärung nicht abgeben könne, weil durch die Einfügung des Wortes „auch“ der Eindruck entstehen müsse, als ob hiermit eine gewisse Abschwächung gemeint sei. Trotzdem stimmten die Demokraten für den Antrag, der auch angenommen wurde.

Ebenso innerlich unwahr war die Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Inflationsteuer. Alle jammerten sie über die Not der Presse, die ja zweifellos vorhanden ist und auch eine steuerliche Berücksichtigung rechtfertigt. Die Not ist aber am größten bei den Kleinen und bei den politischen Zeitungen, und am kleinsten bei der großen Presse, die sich im Besitz kapitalkräftiger Zeitungskonzerne befindet. Im Ausschuss war es gelungen, diesem Gesichtspunkt dadurch Rechnung zu tragen, daß die Inflationsteuer, die bisher bis zu 10 Prozent ging, am meisten gemindert wurde für die kleine Presse. Der Steuerfuß ging hier herab bis auf 1 Prozent. Im Plenum stellten die bürgerlichen Parteien den Antrag, die Inflationsteuer vollständig zu streichen, wodurch alle Zeitungen, also auch die Kleinen, mit der gewöhnlichen Umsatzsteuer von 2 Prozent belastet worden wären. Die Folge also wäre eine starke Befreiung der kleinen Presse, eine gewaltige Verschärfung ihrer Notlage zugunsten der großen Zeitungskonzerne, denen Millionen unverdient geschenkt würden.

Auch hier liegt das Interesse der Leistungsfähigen über die soziale Erkenntnis, wie ja überhaupt die ganze Steuerlegislation unverhältnißlos als je zuvor ihren Klassencharakter offenbart. Die große Masse der Besitzlosen muß gewaltige Lasten tragen, während die Besitzenden entweder bereits durch Gesetz geschont werden, oder wo das nicht möglich ist, die Verwaltung so beeinflussen, daß sie bei der Veranlagung und Entlastung der Steuern sich ihren Verpflichtungen entziehen können.

Harmonie der Seelen Das Echo auf die Kanzlerrede.

Die Berliner Presse beurteilt die gestrige Reichstagsrede des Kanzlers im allgemeinen mit Zurückhaltung. Die Blätter der Regierungsparteien meinen, daß die Ausführungen Dr. Wirth im ganzen Hause großen Eindruck gemacht hätten, und daß sich ihnen gegenüber selbst die Deutschnationalen und die Kommunisten schweigend verhalten hätten. Von solcher Ruhe ist heute in den Zeitungen dieser beiden Parteien nicht mehr viel zu spüren. Mit gekünstelter Geschäftigkeit versuchen sie, daß die Kanzlerrede aufs neue den Sanftmut der Erfüllungspolitik anzeige. Es ergibt sich bei dieser Betrachtungsweise eine innige Harmonie der Seelen, die sich selbst ausnehmen würde, wenn man nicht wüßte, daß seit langem eine weitestgehende Übereinstimmung zwischen kommunistisch-anarchistischer und deutschnational-völkischer Betrachtungsweise besteht.

Diese Übereinstimmung geht so weit, daß sie beiden Seiten Gelegenheit gibt, sich gegenseitig als Zeugen zu benennen. So sagt die „Rote Fahne“, der langen und konfusen Rede kurzer Sinn sei der, es werde weiter gewirkt ohne die Spur eines Gedankens, ohne den leisesten Schimmer wirklicher Energie: „Kleinlaut auf dem gewohnten Mißhause“. Die „Tägliche Rundschau“, als das Organ der Gebil-

deten Stände, wählt ein etwas poetischeres Bild, indem sie die Rede des Kanzlers „eine Kloppe im Märzschnee“ nennt. Dann beruft sich das Blatt auf die „Rote Fahne“, die folgende Wahrheit verkündet habe: „Der Dr. Wirth wird den mutigen Mann spielen und Rein sagen, und dann wird der mutige Dr. Wirth sich löblich unterwerfen.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ fügt sich diesem Reigen als gleichwertiges Glied ein; das Kabinett Wirth, so hören wir von dort, habe uns mit seiner Dummopffigkeit in die Katastrophe hineingeführt und es besitze nicht im mindesten die Fähigkeit und die Autorität, um uns aus ihr herauszuführen.

Man sieht also, daß dem deutschen Volke nur eines noch übrig bleibt: der Nationalbolshewismus. Die Deutschnationalen ebenso wie die Kommunisten haben ihren Befähigungsnachweis längst erbracht; die einen während des Weltkriegs, die anderen bei der großen Märzoffensive im vorigen Jahre. Man sollte also schleunigst ein Nichterfüllungskabinett einsetzen, dem Herr Herz vorstehen könnte und das von so vertrauenerweckenden Gestalten wie Remmele und Höllen besetzt sein müßte. Herrn Eberlein aber, den großen Märzstrategen, wünschen wir uns als Kriegsminister.

Perverse Wuchergelüste

Die Deutschnationalen haben im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, mit dem Beginn des neuen Wirtschaftsjahres auch im Getreide die völlig freie Wirtschaft einzuführen und von jeder irgendwie gearbeiteten Umlage Abstand zu nehmen. Für den Fall, daß durch die Preise für Brotgetreide eine merkliche Erhöhung erfahren sollten, werden zur Verbilligung der Brotpreise für die minderbemittelte Bevölkerung Zuschüsse des Reiches verlangt.

Dieser Antrag ist der Gipfel deutschnationaler Schamlosigkeit. Die Herrschaften bringen durch ihn ganz klar zum Ausdruck, daß die freie Wirtschaft eingeführt werden soll, damit sie noch höhere Gewinne als bisher einheimen können. Sie wissen, daß der Brotpreis dadurch eine ungeahnte Höhe erklimmen wird und daß es dann den Armen der Armen, den Rentnern, Witwen und Waisen ganz unmöglich gemacht wird, überhaupt noch Brot zu essen. Deshalb hängen die Deutschnationalen ihren wucherischen Bestrebungen ein soziales Mantelchen um, indem sie Zuschüsse des Reiches beantragen, zur Verbilligung des Brotpreises für die minderbemittelte Bevölkerung. Das heißt also: der Staat soll den Agrariern zur schrankenlosen Ausbeutung der Konsumenten verhelfen, er soll ihnen durch die Aufhebung der Vorlage die Möglichkeit geben, jeden gewünschten Preis für Brotgetreide zu fordern; wenn dann die geradezu pervertierten Wuchergelüste der Agrarier beschränkt sind, soll der Staat auch noch aus den Taschen der Steuerzahler Mittel zur Verbilligung der Brotpreise bereitstellen.

Man sollte meinen, daß diese schamlose Heuchelei nicht mehr überboten werden kann, und dennoch wird sie von dem deutschnationalen Wuchergelüste selbst überboten. In der Bezirksversammlung des 4. Berliner Verwaltungsbezirks hat die deutschnationale Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der das Bezirksamt auffordert, Schritte zu unternehmen evtl. auch Mittel auszuwerfen, um Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Das beantragt eine Fraktion derselben Partei, deren agrarische Anhänger auf dem Lande den schamlosen Wucher treiben! Zum ersten Male können wir uns mit der 75-prozentigen „Täglichen Rundschau“ einverstanden erklären, die in einem klaren Augenblick die Wiedergabe des erwähnten Dringlichkeitsantrages mit folgendem Kommentar versucht: „Dieser Antrag könnte sehr wesentlich durch die Parteilagenossen der Antragsteller im Lande unterstützt werden, wenn sie ihren Einfluß auf die ihnen nahe liegenden Landbündelreise betr. größerer und billigerer Kartoffellieferungen für die Städte geltend machen würden!“

Einmal aber war ich sehr böse gewesen, wie ein Teufel hatte ich mich aufgeführt — ich wußte selbst nicht, was damals in mich gefahren war, zwei Tage lang hatte ich nichts als Bosheiten ausgeübt — in der Schule, zu Hause, auf der Straße — meinen Eltern hatte ich völlig den Respekt verpagt — und man hielt mich für verloren.

Am Morgen kam Mutter zu mir und sagte: „Steh dich an und komm mit.“ Man merkte es, sie hatte es sich lange überlegt, ob sie es tun sollte — denn es war ihr letztes Mittel.

Ich war mit Gott und den Menschen zerfallen — denn niemand ahnt es, wie schwer ein Kind leidet, wenn es „schlimm“ ist.

Und ich ging mit. Es wurde wieder wenig gesprochen. Die und da blickte mich Mutter von der Seite an, da sah ich wie traurig sie war, und Neue zerriß mein Herz.

Ich sagte nach einer Weile: „Mutter, verzeihst du mir?“ „Ja, ja“, sagte sie; „wirst du vielleicht wieder umkehren und zurück nach Hause gehen?“

„Nein“, sagte ich, „ich will bei dir bleiben.“

Wir gingen eine weite, weite Strecke und kamen in eine Gegend, wo ich noch nie war.

Mutter hatte ein großes Paket mit Sachen zu tragen, dieselben Stücke, die sie abends und nachts, wenn wir schliefen, anfertigte und die sie dann in Geschäften zum Kaufe anbot.

Wir gingen zwei Stunden und Mutter hatte noch nichts verkauft. Sie suchte alle die alten Plätze auf, aber die Leute brauchten diesmal nicht. Ich wartete vor dem Laden und wenn Mutter heraustrat und mich ansahelte, sagte ich immer: „Jetzt war es aber etwas?“

„Nein“, sagte sie, „es war nichts.“

„Dann erlaube wenigstens, daß ich dir tragen helfe.“

„Nein, nein.“ lächelte Mutter, „es ist nicht schwer.“

Ich wußte aber, daß es schwer war.

Wir gingen wieder schweigend. Ich wußte nicht, welche Jahreszeit es war. Ob die Sonne schien, der Himmel blau war. Menschen gingen, Wagen fuhren.

Ich fühlte nur ein brennendes Weh.

Jedesmal, wenn meine Mutter in ein Geschäft ging,

Es gibt keine Klassenjustiz

In Nr. 49 hatten wir ein Urteil des Neuruppiner Landgerichts gegen einen Streikenden besprochen, der einen Arbeitswilligen beleidigt haben sollte und dieserhalb zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Dazu schickt uns jetzt der Landgerichtspräsident folgende Berichtigung:

1. Die Beledigung des Zeugen Dremms im Vorverfahren ist gemäß § 65, Abs. 3 der Strafprozessordnung erfolgt, weil sie als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage über eine Tatsache, von der die Erhebung der öffentlichen Klage abhängig war, erforderlich erschien.

2. Der Zeuge Dremms hat in der Hauptverhandlung folgende Aussage gemacht: „Wir fuhren an dem fraglichen Tage Ritten zum Industriewerk. Der Angeklagte stieß mich gegen die Schulter, ich fuhr mit dem Rade neben dem Gespann her, ich fiel gegen das Pferd und wäre wahrscheinlich unter das Pferd gefallen, wenn ich nicht auf dem Pferde festgehalten hätte. Er sagte dabei: „Stump dich vor, du bekommst mal deine Ducht, daß du in keinen Sarg mehr paßt.“

Auf Befragen des Vorsitzenden, ob ihm der Stoß Schmerzen verursacht hätte, hat der Zeuge erklärt, das könne er nicht sagen, dazu sei er zu aufgeregt gewesen.

Der Angeklagte ist wegen Körperverletzung zu 1000 M. und wegen Beledigung unter Verneinung eines gleichzeitigen Rötigungsversuches zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Nach den Urteilsgründen hat das Schöffengericht die Körperverletzung in dem Stoß erblickt, der den Zeugen in die Gefahr brachte, unter die Pferde zu fallen und nicht darin, daß er ein verächtliches Mißbehagen gehabt haben würde, wenn er gefallen wäre.

Die Berichtigung bestätigt im wesentlichen die Richtigkeit unserer Kritik. Die Verurteilung eines Streikenden, der in der Erregung einen Arbeitswilligen anfaßt und beleidigt, zu 3000 M. Geldstrafe, steht in einem seltsamen Widerspruch zu der Tatsache, daß vor anderen deutschen Gerichten nationalistische Gehapostel, die zur Ermordung politisch — hequenter Gegner öffentlich auffordern, mit 250 M. Geldstrafe belegt werden.

Eine Erklärung Kadeks

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht eine Erklärung des wieder in Berlin weilenden Karl Kadek, worin er sich gegen irreführende Mitteilungen über seine Tätigkeit in der Presse wendet. Insbesondere behauptet er vom „Vorwärts“, daß das Blatt Blödsinn über ihn verbreitet habe. Kadek sagt: „Die deutsche Regierung hat als die Bedingung für ihre Zustimmung zu meiner Einreise nach Deutschland die Forderung gestellt, daß ich mich von jeder öffentlichen Tätigkeit in Deutschland zurückhalte. Diese Forderung entsprach ganz gewiß weder meinen inneren Neigungen, noch meiner Auffassung von den Interessen Russlands und Deutschlands. Sie entsprach aber den Auffassungen der deutschen Regierung, der die Sozialdemokratie angehört. Wenn jetzt das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie und damit ein deutsches Regierungsorgan in seiner Spekulation darauf, daß ich schweigen muß, mit provokatorischer Absicht mich und Sowjetrußland kompromittierende Nachrichten veröffentlicht, so mag sich jeder seine Gedanken daraus machen, in welchem Interesse diese Provokationen erfolgen.“ Kadek erklärt schließlich noch, daß er künftig keine noch so falsche Meldung der Presse mehr dementieren werde.

Einlein in Paris. Professor Einlein, der Dienstag Mitternacht in Paris angekommen ist, wurde an der französisch-belgischen Grenze von dem Pfarrer des College de France, Vangevin, abgeholt. In seiner Begleitung war ferner der Akroponom vom Pariser Observatorium, Professor Charles Nordmann, erschienen. Heute soll Einlein der Sitzung der Akademie der Wissenschaften beiwohnen, in der er das Wort ergreifen wird.

Der Reallohn in den Vereinigten Staaten. Eine Gegenüberstellung der Löhne der Eisenbahner in verschiedenen Kategorien im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung für die Jahre 1915 und Mitte 1921 zeigt, daß der Reallohn in dieser Periode für sämtliche Eisenbahner erheblich zurückging. Der Rückgang bewegte sich zwischen 8 bis 12 Prozent. Seitdem ist insolge Löhnerabsenkungen der Reallohn wiederholt ganz bedeutend zurückgegangen.

Spaziergang in Sorgen.

Skizze von Elfe Feldmann (Wien).

Wenn wir Kinder uns nicht vertragen konnten, uns jankten und kritiken, hatte meine Mutter in ihrer sanften Art ein eigenes Mittel. Sie ließ uns toben und lären und wenn zum Schluß jeder mit seinen verweinten Augen in einer Ecke stand, kam sie zu dem, der es wieder am ärgsten getrieben hatte und sagte ganz mild und jählich mit ihrem bittenden, traurigen Blick:

„Du, komm heut mit mir!“

Dann wußten wir, was wir zu tun hatten. Schnell richteten wir uns her, wuschen unsere Stiefel, wuschen uns, machten uns nett und gingen mit.

Meist war es mein Bruder, der mitgenommen wurde — ich war ohnehin brav, sagte Mutter — und die anderen waren noch zu klein.

Mutter nahm uns mit, wenn sie den Kreuzern nachlaufen mußte, wir sollten sehen, wie schwer sie das Geld verdiente.

Die ersten paar Minuten, wenn wir gingen, wurde nichts gesprochen; Mutter hatte den Kopf gesenkt; sie dachte nach, wie sie es uns nicht zu schwer machen wollte.

Wir waren noch verblüht und verblissen vom Kampf und feuigen laut und schluchzten aus schwerem Herzen.

Auch kam es nicht selten vor, daß die Kragwunden an den Händen und im Gesicht noch brannten und daß das Blut an uns heruntertropfte; so daß wir gingen und das Taschentuch an einer verletzten Stelle hielten.

Wir waren eben schlimme, zornige Kinder. Wir waren den ganzen Tag allein, trieben uns viel auf der Straße herum und hatten riesige Kaufhändler zu bekämpfen.

Unsere Eltern konnten nichts mit uns anfangen; einsperren konnten sie uns nicht, und die ganze Straße war voll von Kindern, die es trieben wie wir.

(Eine Nachbarin sagte einmal, daß die armen Leute da nichts machen können und wenn die Kinder nur nicht hielten... sie würden sich sicher einmal bessern, wenn sie älter würden.)

Ich war oft verzweifelt darüber, daß wir so wild und schrecklich gemein waren — denn ich selbst hatte im Grunde viel mehr Gefallen an Krägkeit und seinem Benehmen gefunden.

fastete ich die Hände und betete mit dem flehsten Gottvertrauen um Gnade für sie.

Und immer wieder hörte ich, wie man drinnen zu ihr sagte: „Michid.“

Wir gingen und gingen.

„Denn ich nur eine Kleinigkeit losbringen könnte.“ sagte sie, „damit ich etwas Essen für dich kaufen könnte!“

„Ach, Mutter, ich bin nicht hungrig. Aber du?“

„Ich nicht.“

„Und bitte, laß mich dir tragen helfen.“

„Nein, nein.“

Es wurde vier Uhr nachmittags. Meine Mutter hatte noch immer keinen Krutzer eingenommen.

Ich litt gräßlich; nicht unter Hunger und Müdigkeit — ich hatte dafür überhaupt das Gefühl verloren — nur Neue und Mittelteil empfand ich, daß ich davon krank war.

Endlich kam Mutter aus einem großen Laden und trug das Geld in der Hand. Dann kaufte sie mir etwas und wir setzten uns in die Straßenbahn.

Ich konnte nicht essen und ich konnte nicht sprechen.

„Nun ist es ja am Ende gut gegangen.“ sagte sie; „leht haben wir für heute zu leben und für morgen auch.“

Wir kamen noch Hause. Und Mutter setzte sich angentlidlich an die Nähmaschine.

Ich brachte ihr laues Wasser und bat sie, mich ihre Füße waschen zu lassen, denn sie waren, wie auch meine an diesem Tage, müde und wund.

Ich trat ganz leise und behutsam auf; ich kniete vor meinen Geschwistern hin, küßte sie und schenkte ihnen alles, was ich selbst besah und woran ich mich freute.

Die Engelsgefang waren Stimmen in mir.

Die ganze Nacht lag ich wach und träumte mit sehenden Augen von den großen Straßen mit den müden Menschen.

Und diesmal blieb ich für lange Zeit brav und gut.

Theater am Palastplatz: „Der Traum ein Leben“ ist in Vorbereitung.

Regie: Richard Kuhn.

Im Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen findet vom 29.

März dieses Jahres ab eine Ausstellung „Die Bildgestaltung“ statt.

Ein kleines Handbuch über die Photographie, das zum Führer durch die Ausstellung bestimmt ist, verfaßt von Max G. Friedländer, ist bei Urania

Kaffee in Berlin erschienen.

Waldschützener: Das Allgäuer Quartett wird im 13. Konzert der Hofkapelle Sonntag, 2. April, 11.30 Uhr, im Theater am Schillingplatz

Orchesterleitung von Schumann und Beethoven (Korrespondenz) zum Vortrag bringen.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter!

Seit dem 11. Februar stehen unsere dänischen Arbeitsbrüder einer Kiese- und Sperre gegenüber. Schon seit Jahren haben die dänischen Arbeitgeberorganisationen mit solchen Ausschließungsplänen gedroht, die indes bisher durch die Kraft der Gewerkschaften vereitelt werden konnten. Jetzt ist es dem dänischen Unternehmertum gelungen, seine Absicht angesichts des herrschenden Valutadrucks und der auf den Gewerkschaften lastenden Arbeitslosigkeit zu verwirklichen. Ihr Kampf richtet sich gegen das Achtstundentag-Abskommen vom Mai 1919, das zum 20. März d. J. gekündigt wurde. Gefährdet sind ferner alle Tarifverträge für etwa 110 000 Mitglieder, von denen bis zum 1. Februar solche für 80 000, bis 21. März für 10 000 ablaufen und bis zum 1. April für weitere 20 000 Mitglieder ablaufen werden. Ende Februar waren bereits 40 000 Mitglieder ausgesperrt, heute ist ihre Zahl auf 80 000 angewachsen.

Die dänischen Gewerkschaften können in dem ihnen aufgezungenen Kampfe die Hilfe der Arbeiter anderer Länder nicht entbehren, und der Internationale Gewerkschaftsbund hat auch schon Schritte zu ihrer Unterstützung eingeleitet.

An die deutschen Arbeiter ergeht heute der Ruf, auch das Wirge zu dieser Unterstützung beizutragen. Die deutsche Arbeiterkraft hat so oft in guten und bösen Tagen die treue Bruderhilfe der dänischen Gewerkschaften erfahren. Tausende deutscher Arbeiterkinder haben dank der tätigen Diskussion der dänischen Gewerkschaften dort in den letzten Jahren liebevolle Aufnahme und Pflege gefunden. Unsere Arbeiterkraft wird nicht zögern, Gutes mit Gutem zu vergelten, einigendessen, daß der Kampf

für die Erhaltung des Achtstundentages auch in ihrem Interesse durchgekämpft werden muß.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert deshalb zur Unterstützung der dänischen Arbeitsbrüder auf. Er ist davon überzeugt, daß jeder Arbeiter gern bereit ist, 5 Mark, jede Arbeiterin ebenso 3 Mark für die Aussperrten zu opfern. Die eingehenden Beträge sind sofort an die zuständige Berufsorganisation und durch diese an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S.O. 18, Engelauer Nr. 24, abzuführen.

Für den Kampf um den Achtstundentag darf kein Opfer zu hoch sein!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. L. H. Leipart.

Skandalöse Zustände im Berliner Provinzialkollegium

Man schreibt uns: An der Spitze des Berliner Prov. Schulkollegiums steht ein Mann — sein Name ist Lüdecke — der seiner Stellung nicht gewachsen ist. Das ist weiter nicht zu verwundern, denn er stammt noch aus dem alten Regime, in dem es in vielen Fällen ja weniger auf Verstand und Tüchtigkeit als auf Bekanntheit ankam. Dieser Herr Lüdecke nun läßt sich von der Republik bezahlen, benutzt aber seine Stellung zu den größten Ungerechtigkeiten und Parteilichkeiten gegen sozialistische Lehrpersonen. Ich will hier als Beispiel die Vorgänge an nur einer Berliner Schule anführen, um die Amtsführung des Herrn Lüdecke zu illustrieren. Es handelt sich um die gleiche Schule, die durch die Vorgänge am 27. Januar d. J. eine unangenehme Verämblichung erlangt hat, weil eine Klasse unter Beihilfe der Oberlehrerin Sasse ein Telegramm an den Kaiser sandte. Offenbar trägt auch an diesem Vorgang letzten Endes Herr Lüdecke die Schuld, weil er die rechtsradikalen Elemente der Schule, vor allem den Direktor Siepert, unter seinen Schutz nimmt, während er die Sozialisten verfolgt.

Herr Siepert, der Direktor des Gymnasiums, an dem auch die oben erwähnte Oberlehrerin Sasse beschäftigt ist, ist in der deutschen nationalen Partei organisiert. Von diesem deutschen nationalen Direktor wurden nachher nicht weniger als vier Sozialisten gezwungen, beim Provinzial-Schulkollegium Beschwerde über ihn zu führen. Die erste, eine Dame, organisierte Sozialistin und Stadtverordnete, wurde in der Unterrichtsverteilung auffällig zurückgelegt und auch sonst in jeder Weise schikaniert. Auf ihre Beschwerde hin entschied Herr Lüdecke freizugunsten des alldeutschen Direktors. Ein lauter Beschwerdeführer, in welcher dem Direktor Siepert nicht nur die Parteilichkeit, sondern auch Vagenhaftigkeit nachgewiesen wurde, ist bis heute noch nicht beantwortet. Das Material über diesen Fall muß separat veröffentlicht werden, da es viele Spalten füllen würde.

Weiter beschwerte sich über Herrn Siepert ein Studiererrat, organisierter Sozialist und früher ebenfalls Stadtverordneter war. Dem Kampfe dieses Studienrats um sein Recht wurde dadurch ein Ende gemacht, daß Herr Lüdecke ihn einfach „im Interesse des Dienstes“ an eine andere Anstalt versetzte. Auch über diesen Fall wird das Material gesondert veröffentlicht werden.

Im dritten Falle handelt es sich um eine sozialistische Studienrätin, ebenfalls früher Stadtverordnete. Als dem Direktor nach der Revolution die Zugehörigkeit dieser Dame zur sozialistischen Partei bekannt wurde, hat sie keinen Unterhalt mehr auf dem Oberlyzeum erhalten, damit ihr Einfluß bei den größeren Mädchen ausgeschaltet würde. Auch die Beschwerde dieser Dame wurde von Herrn Lüdecke zugunsten des Direktors entschieden. Nachträglich behauptete dann Herr Lüdecke noch, diese Dame hätte sich bei seiner „Entscheidung über ihren Einpruch verzagt“. Allerdings hat sie keine weitere Beschwerde mehr an das Provinzial-Schulkollegium gerichtet, weil sie erfahren hatte, daß bei dieser Behörde geben einen deutschen nationalen Direktor keine Gerechtigkeit zu erlangen ist. Aus diesem Grunde hat sie auch auf eine weitere Beschwerde über den Direktor Siepert verzichtet, an welcher vielleicht die Defensivität ein besonderes Interesse hat, weil sie die bereits erwähnte Rohertelegrammaffäre betrifft. Diese Sozialistin wohnte nämlich zufällig der Vernehmung der Klasse über die Absendung des Telegramms bei und mußte hier wieder die Parteilichkeit des Direktors feststellen.

Der vierte Fall betrifft eine fortschrittliche Studienrätin, die schon viele Jahre den Kampf gegen ihre Zurücksetzung führt. Schon in den ersten Kriegsjahren wurde ihr der Unterricht auf dem Oberlyzeum entzogen. Später wurde dann auch der Unterricht auf den oberen Klassen des Gymnasiums ihr genommen, um ihren Einfluß völlig auszuwischen. Jahrelang gab diese Dame nur auf den ganze unteren

Klassen Unterricht. Ferner hat der Direktor Siepert diese Dame seit Ostern 1915 im Ordinat mehr übertragen, um so ihren Einfluß auf das geringste Maß zu beschränken. Während diese Studienrätin nun kein Ordinat hat, müssen an der Lehrpersonen drei Klassen führen. Alle Beschwerden dieser Dame wurden ebenso wie die andern zugunsten des alldeutschen Direktors entschieden.

Herr Lüdecke und Herr Siepert haben es an Erklärungen der Zurücksetzungen nicht fehlen lassen, die sehr bezeichnend sind sowohl für das Intelligenzniveau wie für den Gerechtigkeitssinn dieser Herren. Seine der neuesten will ich hier noch anführen. Es wird von Herrn Lüdecke behauptet, daß die Kriegsteilnehmer bevorzugt werden müßten, und daß alle Lehrpersonen, außer den sozialistischen Studienräten, sich hiermit einverstanden erklärt hätten. Nun aber sind nur die Sozialisten nicht auf dem Oberlyzeum beschäftigt, und sie allein sind außerdem nicht gefragt worden. Herr Lüdecke und der Direktor Siepert haben also die Kriegsteilnehmer einzig auf Kosten der Sozialisten bevorzugt und hierzu das Einverständnis der Nichtsozialisten eingeholt! Das ist Herr Lüdecke in Reinkultur. Es wird notwendig sein, sich sehr eingehend mit diesem Herren zu beschäftigen.

Das Elend wächst — wo ist der Ausweg

Die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die von unserer Partei zu gestern abend einberufenen öffentlichen Volksversammlungen mit der Tagesordnung „Die Teuerung steigt — Das Elend wächst — Wo ist ein Ausweg“ hatten überall einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Diese Tatsache zeigt besser als alles andere, wie sehr sich unsere Partei im steigenden Maße das Vertrauen der breiten Massen erobert. Aus diesem Grunde mußten auch die fast überall gemachten Versuche der Kommunisten, die Versammlungen für ihre Ziele zu begeistern, fehlschlagen. Die arbeitende Bevölkerung denkt nicht mehr daran, diesen zu folgen, sondern hat erkannt, daß der Kampf gegen die Verelendung des Proletariats und für seine Befreiung erfolgreich nur geführt werden kann von einer Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht und festhält an den sozialistischen Zielen unserer großen Vorkämpfer.

Die nachfolgenden Berichte zeigen, wie die vielen Tausende, die gestern unsere Versammlungen besuchten, gewillt sind, den von unserer Partei geführten Kampf gegen Teuerung und Verelendung zu unterstützen.

Allems Festfälle. Im dicht besetzten Saale sprach Genosse E. Hardt. In kurzen Zügen behandelte er die Arbeit der großen „Sozialdemokratischen Partei“ vor dem Kriege. Er bewies mit trefflichen Worten die richtige Politik der U.S.P. während des Krieges und nach dem Kriege. Die durch die Entente aufgestellten Forderungen sollen zum größten Teil von den Bestrafen aufgebracht werden, während die Not der Arbeiter ständig größer wird. Dagegen muß der Kampf geschlossen aufgenommen werden von der ganzen Arbeiterschaft. Die U.S.P. muß bahntreichend, wie stets, im Kampf vorangehen. Neben mehreren Diskussionsrednern sprach der frühere Kreisoberlehrer Herr Dämmel, welcher aber auch nur die Ausführungen des Referenten unterstützte. Die Kommunisten glaubten durch Krach sich besonders hervortun zu müssen.

Comeniusfestfälle. Referent war Genosse Ullmer. Die außerordentlich gut besuchte Versammlung wurde durch den Vortrag einher Redner der U.S.P.-Sänger eingeleitet. Danach machte Genosse Ullmer den Versammelten in einem großzügig angelegten Vortrag klar, daß leider die U.S.P. in ihrem Kampf gegen die Verelendung allein steht und Hoffnung auf Hilfe von anderen Arbeiterparteien nicht zu erwarten sei, obwohl die Umstände heute die Einigung des Proletariats notwendig wie je machen. Trotzdem müsse der Kampf geführt werden. Die Arbeiterschaft wird darin der U.S.P. folgen und den Kampf erfolgreich gestalten. Diskussionsredner von der K.P.D. und der S.P.D. versuchten vergeblich ihre Partei zu empfehlen. In einem kurzen Schlusswort wurden sie vom Genossen Ullmer abgelehnt.

Büttner's Festfälle in der Schwedter Straße waren vor Beginn der Versammlung überfüllt. Der Referent, Genosse Rabold, fand mit seinen Ausführungen großen Beifall. Nach einer kurzen Diskussion, die sich im wesentlichen im Sinne des Referats bewegte, wurde die Versammlung geschlossen.

Nichtenberg. Die in der Aula Parkaue stattfindende Versammlung war überaus gut besucht. Die Genossen Münster und Horn waren Referenten. Genosse Münster erörterte in treffender Weise die Ursachen der jetzigen außerordentlichen Finanzkrise, des stetigen Sinkens des deutschen Kredites und forderte am Schluss seiner Ausführungen die Versammelten auf, alles kleinliche parteilegitime Geizhals zu begraben. Genosse Reichstagsabgeordneter Horn ergänzte die Ausführungen des ersten Redners und verbreiterte sich speziell über die Steuerpolitik des Reiches und auf das mit Hilfe der Rechtssozialisten zustande gekommene Steuerkompromiß. Der einzige auskömmliche Weg ist nach wie vor die Erfassung der Sachwerte, welche zwangsläufig kommen muß. Das Elend wächst und muß wachsen, solange diese Finanzpolitik fortgesetzt wird. Uebergehend zu der Frage: „Wo ist der Ausweg?“ gibt er die Antwort: Nur durch die Herstellung der Einheitsfront aller Vork- und Gehaltsempfänger. Die Ausführungen einiger kommunistischer Redner wurden vom Gen. Münster in trefflicher Weise widerlegt. Mit einem Hoch auf den revolutionären Sozialismus wurde die Versammlung geschlossen.

Steglich. Vor gut besuchter Versammlung in der Aula des Realgymnasiums zeigte Genosse Künstler klar und deutlich das Wesen und den Charakter des Imperialismus, welcher, ob deutschen oder französischen Geblüts, gleich brutal und für eine jede kulturelle Entwicklung eine Gefahr bedeutet. Die imperialistische Expansionspolitik, welche zuletzt in dem alles zerschmetternden Weltkriege sich ausgediegt hat, ist die Ursache der Verarmung der Völker. Geldentwertung, neue beschäufende Steuern für die Lohn- und Gehaltsempfänger haben die Lebenshaltung auf ein Minimum herabgedrückt. Nur in dem Kampf aller Arbeiter für eine Erfassung der Sachwerte, für die von allen Arbeiterorganisationen aufgestellten Forderungen werden die ersten Voraussetzungen geschaffen, dem weiteren Verelenden Einhalt zu gebieten. Unter lebhaftem Beifall schloß Redner seine Ausführungen, nachdem in der Diskussion ein Kommunist gesprochen hatte.

In der Hohenzollernschule in Schöneberg referierte Genosse Schwendelin vor einer gut besuchten Versammlung. Er schilderte die schwere Notlage des Proletariats und im großen Gegensatz hierzu die Riesengewinne der Kapitalisten.

die sich aber trotzdem der Notwendigkeit einer ausreichenden Besteuerung verschließen. In der Diskussion verhielten 2 Kommunisten, der erste mit der jetzt üblichen Maske der Parteilosigkeit, durch direkte unwahre Behauptungen die Politik der U.S.P. zu verunglimpfen. Sie fanden jedoch den starken Widerspruch der Versammlung und wurden durch den Referenten im Schlusswort treffend widerlegt.

4. Dittich. Die Versammlung fand bereits am Montag im „Nationalhof“ in der Bülowstraße statt. Vor übervollem Hause referierte der Genosse Dr. Kölich. In trefflicher Weise kennzeichnete er die heutige Lage des gesamten Proletariats. In der Diskussion sprach ein Bodenreformer, welcher das Heil der Welt darin erblickt, daß jeder Deutsche seine Kartoffeln selbst baut. Von einem kommunistischen Redner wurde die Versammlung mit einem Placregen wilder kommunistischer Forderungen überschüttet, was von der Versammlung mit Heiterkeit quittiert wurde. Dem Referenten war es ein Leichtes, die beiden Herren im Schlusswort treffend abzufertigen.

Wie Fische verteuert werden

Aus der Nummer 8 des „Deutschen Fischhandels“ vom 20. März entnehmen wir folgende hochinteressante Ausführungen über die „Notlage“ der deutschen Fischereier:

In einer Versammlung des Berliner Fischhändler-Vereins vom 12. März 1922 führte der Vorsitzende folgendes aus: In der Vorkriegszeit wurden in den Frühjahrsmonaten 18 bis 14 Millionen Pfund Fische aller Arten dem deutschen Konsum zugeführt. Außerdem wurden vom Auslande noch circa 20 Millionen Pfund Fische pro Monat eingeführt. Diese Einfuhr fehlt jetzt gänzlich, außer frischen Herings, währenddessen findet eine ungeheure Ausfuhr unserer besten Fischarten statt, wodurch das Ausland infolge unserer schlechten Valuta diese Fische fast geschenkt erhält, im Inlande aber der Preis künstlich enorm gesteigert wird. Alle Vorschriften über Preisstreberei und Wucher stehen nur auf dem Papier, wenn nicht an der Quelle bei den Auktionen der beispielsweise Knudwunderung, die durch die Ausfuhr gesteigert wird, ein Ende gemacht wird. Vor dem Kriege war ein Bestand von 250 Fischdampfern, durch den Krieg gingen 150 Dampfer verloren. Heute jedoch ist unsere Hochseefischereiflotte auf 370 Dampfer gesunken und dürfte bald die Zahl von 400 erreicht haben. Der durch den Krieg verursachte Schaden wurde den Reedereien durch das Reich in äußerst generöser Weise ersetzt. Zum Preise von 100 bis 120 000 Mark wurden den Reedern circa 100 Dampfer, welche während des Krieges hergestellt waren, überlassen. Außerdem wurden 1920/21 der Hochseefischerei allein 130 Millionen Mark zur Verfügung gestellt neben den übrigen riesigen Zuwendungen. Der Anteil des Reiches betrug 55 Prozent der Bausumme und Dampfer, die 4-5 Millionen Mark Herstellungskosten hatten, von den Auftraggebern wurden nur 60 000 Mark getragen. Trotz des Ruhes der Sparamkeit wurden noch im Sommer 1921 der Hochseefischerei 300 000 M. für Propagandazwecke überwiesen. Nach vorübergehender Sperre wurde April 1921 die schrankenlose Ausfuhr gestattet, was zur Folge hatte, daß die Fischpreise teils gleich von der See aus in Holland gelandet wurden, teils durch die Bahn zur Verladung kamen. Nach holländischen Angaben gelangten folgende Sendungen durch deutsche Dampfer auf den Markt von Waiden zur Auktion vom September bis Dezember 1921 5 275 184 Pfd., dazu kamen noch 1 400 000 Pfd. auf dem Landwege. Außerdem werden noch ungeheure Mengen nach anderen Ländern ausgeführt, sogar nach Dänemark 4 Millionen Pfd. Dieses hatte zur Folge, daß Deutschland nur mit Fischen 2. und 3. Qualität zu geradezu unverschämten Preisen beliefert worden ist. Trotz des Ausfuhrverbots ab 15. November v. J. werden Fische immer weiter ausgeführt.

Die Steigerung der Preise von 1921 zu 1922 beträgt für minderwertige Ware:

1921 1922

Schellfisch I und II . . . 225 688

Schellfisch III und IV . . . 125 686

Rablian 85 671

Wittlingen 95 565

Rothen 14 160

Seelachs 72 532

Dazu kommen noch die Ausschläge des Zwischen- und Kleinhandels. Am interessantesten sind folgende Ausführungen, die die „elende Lage“ der „armen“ Reederei in das richtige Licht rücken. Ein Dampfer mit einer Kohlenladung von 100 Tonnen kann circa 3 Nordseereisen und 2 Islandreisen im Monat ausführen. Die Fräse von diesen Reisen betragen ungefähr 2250 Rentner, was einem Erlös von circa 800 000 Mark pro Dampfer und Monat gleichkäme. Davon gingen nach eigenen Angaben der Reeder ab; Wöhe 147 000 M., dazu 186 550 M. Gesamtkosten, verbleiben also mindestens pro Dampfer und Monat 250 000 M. Reinerwerb.

Daß diese Ausführungen glaubhaft sind, zeigen uns ja die hohen Steigerungen der Dividenden und Aktienkurse der Reederei. Noch mehr zeigen sie allerdings die große Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Verbraucher in wirtschaftlichen Organisationen, in den Genossenschaften. Die Großeinkaufs-Gesellschaft „Deutscher Konsumvereine“ hat diesen Plan der Fischversorgung bereits in großartigster Weise selbst in die Hand genommen. Die Erzeugnisse der eigenen Mähererei und Marinerankheit kommen durch die angeschlossenen Konsumvereine, für Groß-Berlin durch die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, zur Verteilung. Also Verbraucher, unterstützt die Berechnungen der organisierten Verbraucher und schließlich auch ebenfalls der Konsum-Genossenschaft an.

Der rätselhafte Vorgang an der Siemensbrücke

Verhaftung des Geliebten der Toten.

Der rätselhafte Vorgang an der Siemensbrücke in Lantwig geht rasch der vollständigen Aufklärung entgegen. Bereits im Laufe des Nachmittags war es gelungen, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Es handelt sich um das 20 Jahre alte Dienstmädchen Helene Binter, deren Eltern in Süddeutschland wohnen, das aber selbst hier in Berlin bei einem Rechtsanwalt in Stellung war. Dort war es am Sonntag nachmittag ausgegangen, aber nicht mehr zurückgekehrt. Auch bei seinen Eltern hatte es sich nicht wieder sehen lassen. Die letzte Spur von ihm waren die Epidemienfälle, wo es kurz nach 12 Uhr mit zwei Männern fortgegangen war. Einer dieser beiden konnte noch am gestrigen Abend als ein 20 Jahre alter Dreher Emil Banz aus der Reichsbanner Straße festgestellt werden. Er wurde auf seiner Arbeitsstelle ermittelt und unter dem Verdacht des Mordes an seiner Geliebten festgenommen. Bei seinem Verhör, das die Kriminalkommissare Dr. Riemann und Verneburg noch gestern spät abends mit ihm auf dem Volksgesundheitsamt anstellten, gab er an, dabei gewesen zu sein, als das Mädchen über das Brückengeländer hinweg in den Teltow-Kanal gesprungen sei. Nach Verlassen der Epidemienfälle sei er mit ihr noch in ein Kaffeehaus gegangen und dann nach seiner Wohnung, wo das Mädchen unten auf ihn gewartet habe. Es habe ihm erklärt, daß es zu seiner Dienstherrschaft nicht wieder zurückkehren, weil es mit der Frau eine Auseinandersetzung gehabt habe. Beide seien des-

Das 8.30 Uhr morgens vom Steiner Bahnhof nach Potsdam gefahren und sich dort verabschiedet. Erst spät abends seien sie wieder zurückgefahren. Nachdem er dann nochmals in seiner Wohnung gewesen sei, seien sie zusammen zu Fuß nach Panitzsch hinausgegangen. Unterwegs habe das Mädchen plötzlich Selbstmordgedanken geäußert und habe sich plötzlich über das Brückengeländer in den Kanal gestürzt. Er sei dann wegelaufen, da er der Geliebten nicht hätte helfen können. Seine Darstellung erscheint jedoch wenig glaubwürdig. Er wurde deshalb unter dem Verdacht, zu dem Tode des Mädchens beigetragen zu haben, in Haft behalten.

Wohnungsschwindler an der Arbeit

Dem Schöneberger Wohnungsamt ist es gelungen, mehrere gefährlichen Wohnungsschwindlern das Handwerk zu legen. Es handelt sich um mindestens 4 Personen, von denen bereits 8 seit Sonnabend hinter Schloss und Riegel liegen. Beteiligt ist nach den bisherigen Feststellungen ein entlassener Angehöriger eines Altberliner Wohnungsamtes und ein noch jetzt in einem Altberliner Wohnungsamt beschäftigter Angehöriger, denen es gelungen ist, noch nicht lange beim Wohnungsamt Schöneberg beschäftigte Hilfsarbeiter für ihre unehrlichen Geschäfte zu gewinnen. Städtische Beamte sind nicht beteiligt.

Folgender Vorfall führte zur Ermittlung und Festnahme der Schwindler: Sie hatten in Erfahrung gebracht, daß eine Familie in der L-Strasse in Schöneberg, die dort seit 1918 in einer 5-Zimmerwohnung wohnt, ursprünglich lediglich als Untermieter eingezogen war, aber seit 2 Jahren tatsächlich die Wohnung als Alleinmieter benutzte. Die Schwindler erschienen nunmehr bei dem Wohnungsinshaber und erklärten, die Beschlagnahme der Wohnung kände bevor. Sie seien aber in der Lage, diese gegen Zahlung einer großen Geldsumme abzuwenden. Der Wohnungsinshaber ließ sich aus Furcht vor der Beschlagnahme der Wohnung dazu bestimmen, die Geldsumme zu zahlen. Die Schwindler fälschten darauf seinen Mietvertrag, indem sie ihn vordatierten, stempelten ihn mit einem beim Wohnungsamt geköhlten Stempel ab und legten 2 gefälschte Unterschriften darunter. Der Wohnungsinshaber teilte darauf dem Vorfall einem Dezerenten des Wohnungsamtes Schöneberg mit und legte den gefälschten Vertrag vor. Das Wohnungsamt schickte sofort mit der Kriminalpolizei in Verbindung und veranlaßte die Festnahme der Schwindler, von denen 3 noch am Sonnabend in ihrer Wohnung verhaftet wurden. Sie werden sich nunmehr wegen schwerer Urkundenfälschung, Mißbrauchs von amtlichen Stempeln und wtl. auch wegen Diebstahls, Betruges und Erpressung vor dem Strafgericht zu verantworten haben.

Der schiebende Erbprinz

Dunkle Geschäfte mit Militärwaffen.

Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schiemel stand gestern Termin zur Hauptverhandlung in dem schon angekündigten großen Waffenschieberprozeß an, bei dem zunächst 7 Angeklagte sich zu verantworten haben: 1. Oberleutnant a. D. Kaufmann Karl Tels, 2. Hauptmann a. D. Artur von Unruh, 3. Kaufmann Robert Blandow, 4. Landwirt Paul Müller, 5. Geh. Hofrat Richard Dahn, 6. Kaufmann Hans Schacht aus Steint, 7. Erbprinz Gottfried von Hohenlohe-Langenburg.

Die Angeklagten werden beschuldigt, im Herbst 1920 gemeinschaftlich nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes ohne Genehmigung des Entwaffnungskommissars Militärwaffen angeboten zu haben. — Verbrechen gegen § 18 des Reichsgesetzes vom 7. August 1920. — Von den Angeklagten war Hauptmann a. D. v. Unruh nicht erschienen. — Bei der Erörterung der persönlichen Verhältnisse der Angeklagten ist hervorzuheben, daß der Angeklagte Tels vor längerem Jahren mehrmals verurteilt ist; er soll sich unehrenhaft „Rittmeister“ genannt haben. Der Angeklagte Dahn ist in Sippenverweigerung der Wehrpflicht geworden. Er war feinerzeit in dem großen Prozeß wegen Schließungen mit Ein- und Ausfuhrscheinen mit angeklagt gewesen, ist aber auf den eigenen Antrag des Staatsanwalts freigesprochen worden. Der Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg ist 25 Jahre alt, Sohn des Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Langenburg und dessen Gattin, einer Prinzessin zu Sachsen-Coburg-Gotha. Er ist feinerzeit wilklich gewesen, mit einem kleinen offenen Handelsgesellschaft zu gründen, die nach der Eintragung in das Handelsregister den Handel mit Metallen, Maschinen und Maschinenteilen zum Zweck haben sollte. Aus der Gesellschaft ist schließlich nichts geworden. In der bekannten Adlon-Sache, bei der es sich um das Renkontre mit einem französischen Offizier handelte, ist er als Teilnehmer feinerzeit zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegenwärtig ist er Leutnant bei der Bank in München. — Wie der Vorstehende hervorhebt, handelte es sich nicht um Schließungen mit Waffen, die vorhanden waren, sondern mit Waffen, die nicht vorhanden waren. Die jetzige Anklage sei nur ein übriggebliebener Auschnitt aus der ursprünglichen Anklage. Es handelte sich um die Verfolgung einer Spur, die letzten Endes zurückreicht auf den Legationsrat von Gedsattel und um ein weitverbreitetes Geschäft von Juwelen und Angelgäten. Ein Teil der erkrankten seien offenbar Spitzel gewesen, verschiedene von ihnen, die sich nach außen hin kameradschaftlich erwiesen, haben bei den in Frage kommenden Unterredungen offenbar im Auftrag der Entente gehandelt und durch Denunziation bei der Entente Geld verdienen wollen. Die Staatsanwaltschaft Dohring beantragte, die Dessenlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszusprechen. Der Antrag wurde vorläufig abgelehnt.

Aus den Vernehmungen der Angeklagten stieg im allgemeinen so viel hervor, daß sie in die feinerzeit florierenden Geschäfte von Schieberkreisen, vor der Verschrottung der auf Grund des Versailler Friedensvertrages frei gewordenen Gewehre solche in großer Anzahl zu erlangen und Geschäfte nach dem Ausland damit zu machen, hineingerissen worden sind. Es handelte sich um Bewährungsfragen der Angeklagten, Millionen von Gewehren für den Verkauf an ausländische Staaten freizubekommen. Die Angebote, die sie bezüglich dieser in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Gewehre gemacht haben, sind das Ergebnis von Mitteltungen, die ihnen von den verschiedenen Personen gemacht wurden. Die Angeklagten behaupten, daß sie nur solche Geschäfte machen wollten, wenn die Entente die Erlaubnis zum Verkauf an ihr genehme Staaten geben würde. Sie wollten sich zum Teil auch bei der zuständigen Stelle erkundigt und vom Baron Gedsattel die Auskunft erhalten haben, daß unter solchen Vorbedingungen solche Gewehrfäufe möglich seien. Die Angeklagten behaupten auch, daß ihnen auf Grund der Mitteltungen, die ihnen durch die verschiedenen Vermittler geworden, kein Zweifel kommen konnte, daß es sich um durchaus regelrechte Geschäfte handelte und alles in Ordnung sei, sowohl in bezug auf das Vorhandensein der Gewehre, als auch auf die zu erwartende Genehmigung der beabsichtigten Verkäufe. Ein Teil der Angeklagten ist in dieser Sache 6 Monate in Untersuchungshaft gewesen. Es sind über 20 Juwelen geladen; die Verhandlung wird mehrere Tage dauern. Wir werden das Urteil mitteilen.

Die Erhöhung der Berliner Höchstmietenzuschläge

Vom Bunde Deutscher Mietervereine wird uns geschrieben:

Wegen die Erhöhung der Höchstmietenzuschläge für Berlin auf 100 Proz. muß seitens der Berliner Mieterschaft entschiedenster Protest erhoben werden. Eine derartige Erhöhung würde das vorliegende Bedürfnis weit übersteigen. Es darf nicht verkannt werden, daß in Berlin die niedrigsten Grundsteuern in ganz Preußen erhoben werden, daß mithin die Verhältnisse Berlins mit denen anderer Städte in Preußen nicht zu vergleichen sind, da die Grundsteuern einen erheblichen Teil der Gesamtausgaben des Hauses ausmachen. Es dürfte auch den Aufsichtsbehörden nicht unbekannt sein, daß der Berliner Magistrat beabsichtigt, sofort nach Erhöhung der Zuschläge mit einer Vorlage, die eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern vorsieht, an die Stadtverordnetenversammlung heranzutreten, und daß diese Erhöhung der Grundsteuern unbedingt die Forderung einer weiteren Erhöhung der Mietzuschläge nach sich zieht. Der Berliner Magistrat beabsichtigt anscheinend, durch eine rechtzeitige Vermehrung der Mietzuschläge eine Genügsamkeit der Stadtverordnetenversammlung für die Erhöhung der Grundsteuern zu erreichen. Die Erregung der Mieterschaft über eine fortgesetzte Erhöhung der Mietzuschläge ist ihm dabei gleichgültig.

Der Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine hat sowohl den Magistrat, wie die Aufsichtsbehörden auf das Verhalten des Magistrats hingewiesen. Er erwartet als Vertreter der organisierten Mieterschaft, daß die Erhöhung der Zuschläge solange hinausgeschoben wird, bis über die Vorlage des Magistrats bezüglich der Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern entschieden ist und alsdann übersehen werden kann, wie hoch die Mietzuschläge für Berlin endgültig festzusetzen sind.

Steuererhebung durch einen Betrüger

In mehreren Berliner Häusern ist von einem Betrüger versucht worden, auf Wechsel Steuerbeträge, besonders Grundsteuern zu erheben. Der Wechsel wurde von einem großen, blonden Mann präsentiert und trug die Unterschrift: Städtische Steuerdeputation: Hermann Siemens. In Berlin werden Steuern von Beamten nur noch im Zwangsbeitragsverfahren in der Wohnung des Steuerzahlers angenommen, im übrigen sind Steuern stets bar oder unbar an die zuständige Steuerkasse zu zahlen. Die Vollziehungsbeamten, die rüchändige Steuern betreiben, müssen für jeden Posten einen Vollziehungsauftrag vorweisen und quittieren bei Zahlung auf besonderem Quittungsvordruck. Sie dürfen andere Steuerbeträge als solche, für die sie Vollziehungsaufträge haben, überhaupt nicht annehmen. Wechsel werden beim Steuerzahlungsgeschäft nicht verwendet und nicht angenommen.

Beizere Fahrplangebesserung der Linie 65. Die Berliner Straßenbahn hat seit einigen Tagen auf Antrag des Neuköllner Bezirksamts den Verkehr der Linie 65 in der Weise ausgebaut, daß nunmehr sämtliche Wagen ab 12⁰⁰ mittags Samariterstraße bis zum Venusplatz in der Köpenicker Heide durchgeführt werden. Damit werden die ab Venusplatz verkehrenden Wagen in den Abendstunden um 10 Rüge verkürzt. Die Köpenickerfahrten der letzten Wagen sind wie folgt festgesetzt: 10⁰⁰, 10¹⁰, 11⁰⁰, 11¹⁰, 11²⁰. Während der Sommermonate dürfte diese Verbesserung vornehmlich auch den in jener Gegend ansässigen Kolonisten ausnutzen kommen.

Berichtigung von Steuerbüchern. Es wird darauf hingewiesen, daß am 31. März 1922 die Frist zur Einreichung von Anträgen gemäß § 52 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes auf Berichtigung der Steuerbücher für 1922, abläuft. Weist der Arbeitnehmer bis zum 31. März 1922 nach, daß die Zahl der Personen, für die der Abzug am Arbeitslohn sich gemäß § 46 Absatz 2 Nr. 2 (zur Haushaltsführung zahlende minderjährige Kinder im Sinne des § 17 Absatz 2) ermäßigt, um weniger als zwei größer ist, als im Steuerbuch nach dem Stande vom 30. Oktober 1921 angegeben, so hat die Gewerbebehörde — im Bezirke des Landesfinanzamts Groß-Berlin die Bezirksämter auf Antrag das Steuerbuch zu berichtigen. Die erhöhten Ermäßigungsbeträge werden alsdann vom 1. April 1922 ab berücksichtigt.

Gewerkschaftliches

Zum Streik der Müllkutscher

Am gestrigen Dienstag nahmen die Funktionäre der Section II (Transportgewerbe) des Transportarbeiterverbandes erneut Stellung zu der Frage eines Solidaritätsstreiks im Interesse der streikenden Müllkutscher. Den Bericht von den letzten Verhandlungen zur Beilegung des Müllkutscherstreiks gab der Bevollmächtigte Dr. Mann. In der Verhandlung vor dem Bevollmächtigten Dr. Mann am Montag wurde eine Einigung der Parteien versucht. Für den Fall der Unmöglichkeit einer Einigung wurde von den Parteien die Erklärung verlangt, daß sie sich einer Schlichtungsinstanz stellen und sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Die Vertreter der Wirtschaftsgenossenschaft verzichteten sich mit allerhand Winkelzügen um eine klare Antwort herumzubringen. Das Endergebnis der Verhandlung war schließlich, daß die Vertreter der beiden Kontrahenten die Erklärung abgaben, sich — vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates der Wirtschaftsgenossenschaft auf der anderen Seite — einer Schlichtungsinstanz zu stellen.

Im Laufe des Dienstags fanden dann Dank der Initiative des Verbandsvorstandes der Transportarbeiter Verhandlungen mit dem Minister des Innern und dem Polizeipräsidenten statt, deren Resultat war, von den beiden Parteien zu fordern, sich einer Schlichtungsinstanz zu stellen und die Zustimmungserklärung im Laufe des heutigen Mittwochs abzugeben. Sollte die Wirtschaftsgenossenschaft diese Forderung ablehnen, dann wird die „Technische Nothilfe“ aus den Betrieben zurückgezogen werden.

Angesichts dieser veränderten Situation forderte Dr. Mann von der Versammlung, von dem Beschluß eines Sympathiestreiks im Transportgewerbe Abstand zu nehmen. In der Diskussion traten die Mehrzahl der Redner für den Sympathiestreik ein. Marlowski trat gegen den Streik ein und schlug vor, erst die Verhandlungen am Montag abzuwarten. Die Unternehmer haben erklärt, daß ihnen die 180 Streikbrecher besonders am Herzen liegen, doch wird es von den Kollegen abhängen, ob sie mit diesen Elementen zusammenarbeiten wollen. Von den Berichteten eingehend über die Verhandlungen und gab bekannt, daß die Müllkutscher in einer am heutigen Tage stattfindenden Versammlung beschlossen haben, der Funktionärversammlung zu empfehlen, in einen 48-stündigen Sympathiestreik einzutreten.

Schumann (Hauptvorsitzender) machte auf die Folgen des Kampfes und die Schwere der Entscheidung aufmerksam. Es ist in den Verhandlungen gelungen, die Zusage zu erhalten, daß sofort die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf-

gefordert werden, in Verhandlungen zu treten und sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Welcher sich die Wirtschaftsgenossenschaft, so ist die Realität geachtet, von amtlichen Stellen eine Entscheidung zugunsten der Arbeiter zu verlangen. Selbstverständlich wird durchgesetzt werden, daß alle Streikenden wieder eingestellt werden. Der Vorstand hat beschlossen, den Kampf mit allen Kräften zu unterstützen, wenn die Verhandlungen resultatlos verlaufen sind, doch müssen alle Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung erschöpft sein, um nicht die Sympathie der gesamten Bevölkerung zu verlieren.

Nach einem Schlusswort von Dr. Mann fand ein Antrag, der die Verschiebung des Sympathiestreiks bis Abschluß der Verhandlungen forderte, Ablehnung.

Zu närrischen Unterbrechungen kam es, als Dr. Mann darauf hinwies, daß nach den Sitzungen eine Urabstimmung über einen Streik erforderlich ist. Schumann gab bekannt, daß morgen die Verwaltung und Bezirksleitung Stellung nehmen wird und am Donnerstag eine allgemeine Versammlung weitere Beschlüsse fassen wird.

Erhöhte Beiträge der Maschinisten.

Der Verband der Maschinisten und Heizer tagte gestern in Berlin. In eingehender Beratung wurden die gegenwärtigen Verhältnisse besprochen und dabei festgestellt, daß der Verband in ununterbrochener Aufwärtsentwicklung bezüglich der Mitgliederzahl begriffen ist. Das Jahr 1921 ist abgeschlossen mit einer Mitgliederzahl von 100 000.

Zu gleicher Zeit wurden aber auch Mittel und Wege beraten, um die großen Mittel flüssig zu machen, die zur Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe in nächster Zeit notwendig sind. Deshalb wurde der Beitrag neu festgesetzt. Der Verbandsbeitrag für die Hauptkasse beträgt ab 1. April von 2,50 M. in der niedrigsten bis 18 M. in der höchsten Klasse. Jede weitere Stundenverdiensterhöhung von 1 M. bringt automatisch eine Beitragserhöhung von 1 M. pro Woche für die Hauptkasse des Verbandes.

Entsprechend dieser Beitragserhöhung wurden auch die Unterhaltungsbeiträge bei Erwerbslosigkeit und Krankheit neu festgesetzt, die ganz beträchtlich erhöht wurden.

Zur Maßfeier wurde folgenden Resolution angenommen:

Der Beirat des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer stimmt den Kundgebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu, wonach die beste Form der Maßfeier die allgemeine Arbeitsruhe ist und bleiben soll. Gemäß diesen Kundgebungen fordert der Verbandsbeirat alle Mitglieder der Organisationen auf, sich reiflos an der Maßfeier im Rahmen der örtlichen Veranstaltung zu beteiligen, soweit sie nicht zur regulären Sonntagsarbeit verpflichtet sind.

Die Vohrbewegung der Berliner Markthelfer im Buchhandel sowie der Transportarbeiter in den Buchdruckereien ist abgeschlossen. Im Berliner Buchhandel gelten die neuen Lohnsätze ab 1. März 1922, in den Buchdruckereien ab 27. März 1922. Die neuen Beiträge sind im Druck erschienen und gegen Mittelbekundungswies im Büro des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Engelsteiner 24-25, II, Zimmer Nr. 31, in Empfang zu nehmen.

Angehörte im Möbelhandel. Für die kaufmännischen Angehörten des Möbelhandels sind für die Monate März und April neue Gehaltsvereinbarungen getroffen worden. Die einzelnen Sätze sind im Zentralverband der K. Angehörten, Belle-Alliance-Straße 7-10, zu erfahren.

Kaufmännische Angehörte in der Damenwäsche- und Schürzenbranche. Die gewerblichen Angehörten befinden sich im Streik, weil die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben. Angehörte! Ist Solidarität! Niemand darf Streikarbeit leisten! — Zentralverband der Angehörten.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, findet in der Arbeiterbildungsakademie, Breite Str. 8/9, eine Zentralvorhandlung statt. Die Geschäftsleitungsakademie beginnt um 2 Uhr nachmittags. Die Geschäftsleitung.

Mittwoch, 29. März.

19. Bezirksverband. Die Jugendweib im 19. Bezirksverband findet am Sonntag, dem 2. April, vorm. 10 Uhr in der Halle des Lazarus, Panitzsch, Geschäftsstelle 42-45, statt. Einige Kollektionen sind nach am Eingang zu haben.

18. Bezirksverband. 8 Uhr: Funktionärstagung bei Maxine, Fischerstraße 4. Der Stammtisch erscheinen unbedingt notwendig.

Donnerstag, den 31. März.

19. Bezirksverband. 7.30 Uhr: Schmorgerhof, Gumbinerstr., 7.30 Uhr: Kinderkassenkassen und Frauenkommissionen bei Schloß, Gieseler, Jochim-Brickstr. 5, Garten, dort.

Freitag, den 31. März.

19. Bezirksverband. 7 Uhr abends bei Baler, Rindfleischstr. 12, gemeinsame Sitzung der Geschäftsleitung und Vorkommnisse.

Neustadt, Weis. Abends 8 Uhr: Selbstverwaltung der 1882-Altgenossen und Kandidaten im Lehrzimmer der Müllkutscher. Die hiesigen wichtige Tagesordnung erfordert zeitliches Erscheinen. Kollekte müssen noch besonders einbringen.

Vereinskalender

Donnerstag, den 30. März.

Zentralverband der Schulmänner! Abends 8.30 Uhr, Bezirksverbandesversammlung aller Vertrauensmänner, Bezirksämter, Reichshofstr. im Englischen Hof, Algenbergstr. 27 G.

Freitag, den 31. März.

19. Bezirksverband. 6 Uhr abends in der Berliner Schul- und Arbeiterbildungsakademie, 6 Uhr im Restaurant Teubener, Bräunerstr. 3. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist nach möglichem Erscheinen dringend erforderlich.

Verband der Gärtner und Gärtnereibesitzer, abends 8 Uhr: Brandenburger Versammlung der Gruppe Gemeindefürsorge für Groß-Berlin im Restaurant Gärtnereibesitzer, bei Schloß, Berlin, Gärtnereibesitzer, 30. Kollege Jahn spricht über: „Konsumgenossenschaften“. Ferner wichtige Tagesordnung. Nach Möglichkeit anderer Branchen und deren Vertreter haben Zutritt.

Verband der Gewerkschaften und Gewerkschaften, abends 8.30 Uhr bei Böler, Weberstraße 17. Frauen-Religions-Versammlung. Tagesordnung: 1. Betriebsleiterfrage. 2. Lohnfrage.

19. Bezirksverband. 7 Uhr abends in der Berliner Schul- und Arbeiterbildungsakademie, 7 Uhr im Restaurant Teubener, Bräunerstr. 3. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist nach möglichem Erscheinen dringend erforderlich.

Verband der Gewerkschaften und Gewerkschaften, abends 8.30 Uhr bei Böler, Weberstraße 17. Frauen-Religions-Versammlung. Tagesordnung: 1. Betriebsleiterfrage. 2. Lohnfrage.

Verband der Gewerkschaften und Gewerkschaften, abends 8.30 Uhr bei Böler, Weberstraße 17. Frauen-Religions-Versammlung. Tagesordnung: 1. Betriebsleiterfrage. 2. Lohnfrage.

Sonntag, den 2. April.

8. und 9. Bezirk. Die Sozial- und Jugend-Gruppe Hebbung veranstaltet eine Schulmännerversammlung im Hotel-Gemnasium, Panitzsch, 18/19, Algenberg, Gieseler, Regeneration, lieber zur Karte, Kollektionen. Schlichte Kollektionen sind eingeladen. Eintritt 2.50 M. Saalöffnung 8 Uhr. Beginn 9 Uhr. Schlichte Kollektionen sind eingeladen.

Bezirksverband für die Redaktion Robert Gumbel, Berlin: für den Internationalen und geschäftlichen Mitteilungen: Gumbel Gumbel, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, G. u. V. Berlin. — Druck von Gehring & Reimer, G. u. V. Berlin, SW. 65, Ritterstraße 74.